

Presseinformation

08.Juli 2020

Rückfragen bitte an: Tel. 07271 – 40 87 27, Jens-Björn Arndt

Lernbrücken - ein landesweites Lern- und Förderangebot in den Sommerferien **GEW fordert echte Unterstützung für Schülerinnen und Schüler**

Durch die Schulschließung ab dem 17.März 2020 war ein großer Teil der Schülerinnen und Schüler auf Fernunterricht angewiesen. Die Lehrkräfte haben sich in dieser Zeit mit großem Engagement dafür eingesetzt, dass der Bildungsauftrag auch unter diesen schwierigen Bedingungen umgesetzt wurde. Trotzdem konnten nicht alle Schülerinnen und Schüler gleich gut erreicht werden. Zudem konnten nicht alle Schülerinnen und Schüler nach der Wiedereröffnung der Schulen zeitgleich mit dem Unterricht starten, so dass manche von Ihnen weiterhin lange von zu Hause aus lernen mussten.

Daher hat das Kultusministerium Baden-Württemberg das Programm „Lernbrücken“ initiiert. Hier sollen Schülerinnen und Schüler in den letzten beiden Ferienwochen mit jeweils 3 Zeitstunden täglich gefördert werden, die durch die Schulschließung den Anschluss verloren haben oder die Versetzung unter regulären Verhältnissen gefährdet gewesen wäre.

Die GEW Karlsruhe bedauert außerordentlich, dass dieses Programm zunächst in der Presse veröffentlicht wurde, ohne vorher die Expertise der Beschäftigtenvertretung, wie Personalräte und Bildungsgewerkschaften, einzubeziehen. Die GEW bezweifelt, dass dieses Angebot zu der dringend nötigen Förderung der sozial benachteiligten Schülerinnen und Schüler führt. Es ist zu befürchten, dass nach der Empfehlung der Klassenlehrkraft vor allem Schülerinnen und Schüler der Elternhäuser, die vorrangig auf dem Bildungserfolg schauen, an dem Programm teilnehmen werden. Bei eher bildungsfernen Familien besteht die Gefahr, dass das Angebot in den Ferien nicht angenommen wird. Deshalb befürchten wir, dass die Schülerinnen und Schüler, die seither durch das Homeschooling abgehängt waren, auch weiter abgehängt bleiben. Für Roland Jung, Vorsitzender der GEW Karlsruhe, wäre es zielführender gewesen, wenn im Schuljahr 2020/21 pro Klasse eine bis zwei zusätzliche Förderstunden zur spezifischen, verpflichtenden Förderung der benachteiligten Schülerinnen und Schüler in Deutsch, Mathematik und gegebenenfalls der Fremdsprache zugewiesen worden wären.

Das Programm soll auf Freiwilligkeit von Lehrkräften, pädagogischen Assistenten und neu einzustellenden Lehrkräften, die entsprechend 2 Wochen früher eingestellt werden können, beruhen. Aber gerade bei der sogenannten Freiwilligkeit lassen Formulierungen in Mitteilungen der Schulaufsichtsbehörden vermuten, dass hier Druck auf Schulleitungen ausgeübt werden soll, genug Lehrkräfte aus der eigenen Schule zu gewinnen, so dass jede Schule die Lernbrücken selbst anbieten kann. „Nein!“, so Roland Jung, traut sich nicht jede Lehrkraft zu sagen, denn Abhängigkeiten wie z.B. Beurteilungen in der Probezeit, machen dies vielen Lehrkräften schwer.

Aber auch nach ersten Rückmeldungen aus dem sogenannten ländlichen Raum bezweifeln die Schulleitungen dort, dass sich die zuständigen Verkehrsbetriebe auf eine entsprechende Schülerbeförderung einlassen. Dies bedeutet, dass Schülerinnen und Schüler in diesen Räumen besonders benachteiligt werden. Ihre Bildungschancen werden dann auch davon abhängen, ob die Eltern sie in die Schule bringen können.

Insgesamt befürchtet die GEW Karlsruhe, dass es sich hier um eine Maßnahme handelt, die politisch verkauft werden soll, aber die letztendlich nicht die erforderliche Wirkung zeigt und insbesondere nicht zu einer deutlichen Verringerung der sozialen Selektion durch die Maßnahmen im Zusammenhang mit Corona führen wird.